



## **Wer wählen geht, entscheidet für gute Arbeit, gute Bildung und ein gutes Leben in NRW**

Wahlauf Ruf des DGB NRW zu  
den Landtagswahlen in NRW 2010

## **Worum es geht**



**Wer wird in den nächsten Jahren in NRW regieren? Und vor allem, wie?**

- NRW ist die Nr. 17 der unter den „Industrienationen“

**Kann Schwarz-Gelb im Bund durchregieren?**

- ... oder gibt es ein Korrektiv über den Bundestag? (Leiharbeit, ...)

**Welche politischen Perspektiven gibt es ?**

- neue politische Impulse aus NRW? (Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit, ...)

**Können wir unsere gewerkschaftlichen Forderungen in den  
politisch-parlamentarischen Raum einbringen?**

- Im Wahlkampf wird um die Gewerkschaften geworben (Branchendialog, ...)

## besondere Herausforderungen in NRW



### Die Risiken für Arbeitsplätze sind keineswegs bereits überwunden!

- 6,8 % der Arbeitsplätze in der Metall-/Elektroindustrie wurden 2009 gestrichen.
- 60.000 Leiharbeiter haben allein in M+E 2009 ihren Arbeitsplatz verloren.
- Weitere Risiken: Ausweitung der Leiharbeit, Verlagerung von Wertschöpfung.

### Die soziale Spaltung im Bildungssystem wächst!

- Ungleich verteilte Bildungschancen werden mangels frühkindlicher Förderung und herkunftsbezogener Auslese bei der Schulwahl weiter verschärft.

### Weichenstellung für nachhaltige industrielle Entwicklungen greifen zu kurz!

- Risiken und Chancen industrieller Standortentwicklung bleiben unbearbeitet.
- Industrielle Großprojekte werden nicht verantwortlich genug gemanagt.

## Was wir wollen



### Eine grundlegende politische Veränderung in NRW

- Nachhaltige, beschäftigungsorientierte Industriepolitik
- Gute Arbeit - wirksame Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik
- Gestärkte Mitbestimmung
- Verbesserte Bildung - Investitionen in das Bildungssystem
- Gesicherte Kommunalfinanzen
- Ausgebaute öffentliche Daseinsvorsorge

### Aufforderung an alle Bürgerinnen und Bürger wählen zu gehen

- Wer nicht wählt, lässt gegen sich stimmen. Jede Stimme zählt.

### Keine parteibezogene Wahlempfehlung –

aber klare unüberhörbare Anforderungen an eine gute Landespolitik

## Nachhaltige Wirtschafts- und Industriepolitik



- Beschäftigung der Zukunft zielgerichtet (industrie- und arbeitsmarktpolitisch) stärken und nicht allein den „Marktkräften“ überlassen.
- Vom Strukturwandel benachteiligter Regionen fördern.
- Industrielle Großprojekte und industrieller Infrastruktur sichern.
- Kohleausstiegsbeschluss revidieren und Steinkohleförderung beibehalten, auch als Referenz für die Bergbauindustrie und ihre Zulieferer.
- Klimaschutzstrategie und Kraftwerkerneuerungsprogramm konsequent umsetzen.
- Programm zur energetischen Gebäudesanierung landesweit zum Einstieg in die „grüne industrielle Revolution“ machen.

## Gute Arbeit



- Mitbestimmung betrieblicher Interessenvertretungen ausweiten und fördern, angesichts globalisierter/veränderter Produktionsmodelle.
- Leiharbeit begrenzen und fair gestalten, Gütesiegel einführen.
- Dumpinglöhnen durch gesetzliche Mindestlöhne und allgemeinverbindliche Tarifverträge verhindern.
- Arbeitsuchende gezielt qualifizieren, Transfer- und Beschäftigungsgesellschaften insbesondere für kleinere Betriebe fördern und ausbauen.
- Öffentlich geförderten Beschäftigung ausbauen (soziale Dienstleistungen).
- Tariftreue für öffentliche Auftragvergaben wieder gesetzlich sichern.

## Gestärkte Mitbestimmung



- Die Unternehmensmitbestimmung bei Standortverlagerungen ist zu stärken, incl. der externen gewerkschaftlichen Besetzung von Aufsichtsräten (der entsprechende Passus im NRW-Bank-Gesetzes ist zurück zu nehmen).
- Die vollen Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten durch ein modernes Landespersonalvertretungsrecht sind zu schaffen.
- Die Rechte der Betriebs- und Personalräte zur Verhinderung des Missbrauchs von Leiharbeit sind auszuweiten.
- Die Beratungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten für betriebliche Interessenvertretungen (incl. Kooperation mit der Wissenschaft) sind auszubauen.
- Die Arbeitswissenschaften und weiterer wissenschaftlicher Kapazitäten zur Weiterentwicklung von Mitbestimmung und Innovation sind zu fördern.

## Verbesserte Bildung



- Längeres und besseres gemeinsames Lernen durch veränderte Schulstrukturen (Klassengröße, Lehrerzahl, aufgehobene Gliederung nach der 4. Klasse, ...).
- Gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Hochschulstudium.
- Investitionen in das Bildungssystem auf 10% des Bruttoinlandsprodukts erhöhen, damit die materielle und personelle Ausstattung angemessen verbessert wird.
- 3000 zusätzliche Ausbildungsplätze jährlich durch das Sonderprogramm Ausbildung NRW schaffen
- Qualität von Bildung insbesondere in den Berufskollegs verbessern.

## Gesicherte Kommunal Finanzen



- Kommunen müssen handlungs- und gestaltungsfähige soziale Lebensräume bleiben, mit hoher Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger.
- Hoch verschuldete Kommunen müssen von den drückenden Schulden- und Zinslasten befreit werden (Ausgleichsfonds).
- Der Solidarpakt Ost ist entsprechend zu verändern.
- Die erforderlichen Ausgaben sind zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu zu verteilen.
- Durch eine erweiterte Gewerbesteuer, (auch von den freien Berufen - wie Ärzte, Anwälte, Unternehmensberater etc.) - ist die Investitionsfähigkeit der Kommunen zu stärken.

## Ausgebaute öffentliche Daseinsvorsorge



- Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben ist zu stoppen, die Handlungsmöglichkeiten kommunaler Unternehmen sind auszubauen.
- Die öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen sind zur umfassenden Daseinsvorsorge weiter zu entwickeln.
- Die Mobilität durch den öffentlichen Fern- und Nahverkehr ist sicher zu stellen, Investitionen in öffentliche Dienste und Ausbildung zu stärken.
- Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind durch eine Dienstrechtsreform zu verbessern.